

# **ENTSCHLISSUNG DES KONGRESSES VON INDUSTRIALL GLOBAL UNION Rio de Janeiro, Brasilien**

## **Volkswagen zur Verantwortung ziehen**

Seit dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft im Jahr 2008 kämpfen Erwerbstätige in der ganzen Welt darum, die Verluste wieder gutzumachen. Doch die Bemühungen zur Verbesserung des Lebensstandards werden von machtvollen Interessen gebremst. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Löhne und Zusatzleistungen unmittelbar nach dem Zusammenbruch zusammengestrichen wurden, kämpfen weiter. Wenn sie durch eine Gewerkschaft vertreten wurden, konnten sie Verluste wieder etwas wettmachen; ohne eine Gewerkschaft aber haben die meisten Arbeitgeber die früher üblichen Vergütungen nicht wieder eingeführt.

Rechtskonservative politische Gruppen wittern zudem ihre Chance, Sozialleistungen zu attackieren. Hier in Brasilien etwa werden die Sozial- und Arbeitsrechte, die nach der Militärdiktatur durchgesetzt wurden, immer wieder angegriffen.

Zudem beobachten wir einen beunruhigenden Trend: Arbeitgeber, die früher zugesagt hatten, sozialverantwortlich zu handeln, kündigen dieses Versprechen auf. Im Dezember 2015 wählten in den USA über 70% der Facharbeiter in einem Volkswagenwerk in Chattanooga, Tennessee, die United Auto Workers (UAW) als ihre exklusive Vertretung bei Kollektivverhandlungen. Volkswagen jedoch weigerte sich, den Beschluss der Beschäftigten zu akzeptieren und hat bis heute nicht mit den Verhandlungen begonnen, obwohl dies vom US-amerikanischen Recht vorgeschrieben wird. Der National Labor Relations Board, eine Behörde der US-Regierung, hat Volkswagen wegen der Verletzung des US-amerikanischen Rechts aufgrund des Nicht-Verhandelns mit der UAW vorgeladen. Durch sein Agieren handelt Volkswagen zudem gegen seine eigene globale Rahmenvereinbarung (GRV).

Auf seiner Tagung im Mai rief der IndustriALL-Exekutivausschuss Volkswagen dazu auf, sich regelkonform zu verhalten oder mit weiteren Maßnahmen konfrontiert zu werden, u.a. mit der Möglichkeit, die GRV zwischen dem Konzern und IndustriALL aufzukündigen. Dennoch ignoriert Volkswagen auch weiterhin die Wahl der Beschäftigten in Chattanooga und widersetzt sich dem US-amerikanischen Recht.

Nun ist es für IndustriALL an der Zeit zu handeln. Um Volkswagen zur Verantwortung zu ziehen und unsere Solidaritätscharta bei der Verletzung von Grundrechten durch Konzerne mit Leben zu füllen, wird IndustriALL:

- umgehend ein Treffen zwischen Volkswagen, IndustriALL, IG Metall, UAW und wichtigen Mitgliedsorganisationen organisieren, um diesen Streitfall zu lösen.

- so schnell wie möglich ein Treffen aller Mitgliedsorganisationen mit bei Volkswagen beschäftigten Mitgliedern einberufen, um Informationen auszutauschen und einen detaillierten Bericht über die Praxis der Arbeitsbeziehungen des Konzerns zu verfassen und eine gemeinsame Grundlage für kollektive Maßnahmen zu schaffen.
- auf diesem Treffen über einen baldigen Termin für einen Aktionstag an Volkswagenstandorten in der ganzen Welt und über konkrete Aktivitäten entscheiden – einschließlich Arbeitskampfmaßnahmen und Demonstrationen, um den Konzern zur Verantwortung zu ziehen.
- einen Plan für Medienarbeit in Ländern mit Volkswagenwerken ausarbeiten, um auf das Verhalten des Konzerns und seine Verweigerung der Arbeitnehmerrechte in Chattanooga aufmerksam zu machen.
- Maßnahmen zur Aufkündigung unserer globalen Rahmenvereinbarung mit Volkswagen einleiten, sollte der Konzern die Arbeitnehmerrechte weiterhin missachten.